

Großbritannien (schon wieder) vor der Wahl

VORGEZOGENE PARLAMENTSWAHLEN UND BREXIT DOMINIEREN DIE AGENDA

Mit ihrer überraschenden Ankündigung zum 8. Juni vorgezogene Parlamentswahlen abzuhalten, hat Premierministerin Theresa May einmal mehr gezeigt, dass sie die politische Agenda in Großbritannien derzeit unangefochten dominiert. Die Opposition ist derweil vor allem mit sich selbst beschäftigt. Allerdings tickt seit dem 29. März auch die „Brexit-Uhr“ und damit steht Großbritannien vor seiner wohl komplexesten politischen Herausforderung in der Nachkriegsgeschichte.

Brexit-Countdown eingeleitet

Mit dem von Premierministerin May an Donald Tusk verschickten Schreiben vom 29. März ist der Brexit-Countdown offiziell eingeleitet, die Zweijahresfrist bis zum formalen Austritt hat begonnen und die Verhandlungspositionen auf beiden Seiten (soweit vor Verhandlungsbeginn erkennbar bzw. kundgetan) deuten auf harte Diskussionen und zum Teil erhebliche Differenzen hin.

Von der sogenannten „Brexitrechnung“ (offene Zahlungen Großbritannien an die EU – in der Diskussion sind hier 60-80 Milliarden Euro) über die Bleiberechte von EU-Bürgern in Großbritannien bzw. Briten in der EU, sukzessive oder parallele Verhandlungen (Scheidungsprozess und neue Beziehungen) bis hin zu den zukünftigen Handelsbeziehungen bzw. Detailfragen, wie die sensible Grenzfrage zwischen Nordirland und der Republik Irland, reichen die offenen Fragen. Diese in knapp zwei Jahren umfänglich lösen und abschließen zu wollen, erscheint illusorisch, ein für beide Seiten tragbares Übergangsszenario scheint unter diesen Voraussetzungen sinnvoll, wenn nicht gar notwendig zu sein. Ob diese Einsicht allerdings überwiegt und der politische Wille auf beiden Seiten vorhanden sein wird dies zu

vereinbaren, ist derzeit noch völlig offen. Falls dieses nicht zu Stande kommt, droht der gefürchtete „cliff edge“ oder „disorderly Brexit“, also ein abruptes Ende der Beziehungen ohne Klärung der offenen Fragen, ein Szenario, welches Unternehmen auf beiden Seiten zunehmend Sorge bereitet und erhebliche negative Konsequenzen für die Wirtschaft und Lebensbedingungen von Einzelpersonen haben dürfte.

Noch überwiegen die Deklarationen und verbalen Muskelspiele, die zumindest bis zum Wahltag am 8. Juni mit Zurückhaltung und Vorsicht zur Kenntnis genommen werden sollten. Hier spielt Wahlkampfrhetorik eine wichtige Rolle und nicht jedes Wort sollte deshalb auf die „Brexit-Waage“ gelegt werden.

Episoden wie das sogenannte „Dinnergate“, die gezielte mediale Indiskretion über Inhalt und Stimmung eines jüngsten gemeinsamen Abendessens in der Downing Street No. 10 zwischen Theresa May und Jean Claude Juncker, tragen allerdings zu einer Verkrampfung und Verschärfung der Atmosphäre bei. Alles überflüssig und nicht hilfreich, was offensichtlich auch in Berliner Regierungskreisen so gesehen wurde.

Einige der betroffenen Akteure haben allerdings bereits konkrete Maßnahmen ergriffen: Im Bankensektor in der Londoner City ist nach Aussagen der dortigen Strategen die Zeit der Szenarienplanung abgelaufen, man hat mit der Umsetzung konkreter Entscheidungen begonnen. Zwar werden kaum komplette Banken aus der City abwandern und nach Frankfurt, Paris, Amsterdam oder Dublin umziehen. Die Verlagerung von Geschäftsfeldern bzw. die Eröffnung von Dependancen hat aber bereits begonnen. Die amerikanische Citibank beispielsweise, aber auch die britische Großbank Standard Chartered, sind längst dabei, Standard hat sich in diesem Fall für Frankfurt entschieden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**GROSSBRITANNIEN
UND IRLAND**

HANS-HARTWIG BLOMEIER

Mai 2017

www.kas.de/london

All dies, wohlgermerkt, bevor die erste konkrete EU-UK-Verhandlungsrunde überhaupt stattgefunden hat (diese wird erst nach der Wahl am 8. Juni erfolgen). Die Banken wollen aber ihren Kunden signalisieren, dass sie für jedes Szenario gerüstet sind, also auch für den *hard, unorderly Brexit*.

Kommunalwahl als Stimmungsbarometer?

Bei der Kommunalwahl am 3. und 4. Mai¹, standen knapp 5.000 Gemeinderatssitze (*councillors*) in 88 Gemeinden (*councils*) sowie acht neu etablierte Oberbürgermeister (*combined authority mayors bzw. local authority mayors*) in städtischen Großräumen (Cambridgeshire Peterborough, Greater Manchester, the Liverpool City Region, Tees Valley, the West Midlands, the West of England sowie Doncaster und North Tyneside) zur Wahl.

Das Ergebnis ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: Erdrutschsieg für die *Conservatives*, Desaster für *Labour* und UKIP, auch ein enttäuschendes Ergebnis für die *LibDems* sowie leichte Verluste bzw. Zugewinne für die Regionalparteien SNP (Schottland) und *Plyd Cymru* (Wales).

Die *Tories* legten bei den *Councillors* um 563 auf nun 1.899 Sitze zu, *Labour* verlor 382 auf nun 1.152, die *LibDems* verloren 42 auf nunmehr 441, UKIP verlor nahezu alle Sitze (145) bis auf einen (!), SNP verlor in Schottland 7 auf nun 431 und *Plyd Cymru* legte in Wales um 33 auf nunmehr 202 zu.

Natürlich sind auch in Großbritannien Kommunalwahlen nur bedingt mit landesweiten Parlamentswahlen vergleichbar. Dennoch diente diese Wahl als Stimmungsbarometer für die Parlamentswahl am 8. Juni, zumal der Termin zum Zeitpunkt der Wahl ja bereits angekündigt war. Die deutlichen Zugewinne der *Tories* wurden demzufolge auch schnell als Zustimmung für Theresa May gewertet und der *Labour*-Vorsitzende Jeremy Corbyn geriet durch die heftigen Verluste (einmal mehr) erheblich unter Druck, ohne jedoch irgendwelche Rücktrittsandeutungen zu machen. Die nahezu vollständige Niederlage UKIP's passt ins aktuelle landesweite Stimmungsbild und auch die Tatsache, dass die *LibDems* selbst auf ihrer sonst starken lokalen Ebene nicht in dem Maße profitieren konnten, wie das Re-

ferendumsergebnis mit 48 Prozent für *Remain* suggerieren würde (die *LibDems* waren bekanntlich die einzige Partei, die sich vorbehaltlos für einen Verbleib in der EU ausgesprochen hatte), sondern auch hier Verluste hinnehmen mussten, veranschaulichen, dass das Ergebnis der Kommunalwahlen recht deutlich mit den landesweiten Umfragen für die Parlamentswahl übereinstimmt. Der Wahlsieger (*Tories*) nahm es mit Genugtuung, die Verlierer mit entsprechender Sorge zur Kenntnis.

Schottland und Nordirland weiter ungewiss

In der öffentlichen Debatte in London weiterhin fast vollständig ausgeblendet bleibt die ungelöste Problematik in **Nordirland**. Nach den dortigen Parlamentswahlen im März diesen Jahres, aus denen die DUP nur äußerst knapp als stärkste Partei hervorgegangen war, scheiterten bisher alle Versuche, eine erneute Koalitionsregierung mit Sinn Fein zu etablieren, wodurch die Wahrscheinlichkeit einer Rückkehr Nordirlands in die unmittelbare politische Verwaltung durch die Regierung in London weiter steigt.

Aber auch diese Frage ist eng gekoppelt an die Brexit-Verhandlungen und die konkreten Lösungsansätze für die irisch-nordirische Grenze. Sollten sich hier die Positionen verhärten und keine praktikable Lösung gefunden werden, dürften einerseits die (bewaffneten) Konfliktpotentiale weiter steigen und andererseits die Spekulationen um eine irische Wiedervereinigung weiter an Nahrung gewinnen.

In **Schottland** steht First Minister Nicola Sturgeon weiter auf Kriegsfuß mit London. Auf der Grundlage des starken Remain-Votums während des Referendums besteht Sturgeon weiter auf einem Platz Schottlands am Brexit-Verhandlungstisch (was May mit Hinweis auf nationale Interessen ablehnt). Andererseits hat Sturgeon durch die Ablehnung Mays, ein sofortiges erneutes Unabhängigkeitsreferendum auszurufen, wertvolle Zeit gewonnen: Alle Umfragen zeigen, dass ein Referendum heute keine Mehrheit für die Unabhängigkeit bekommen würde. Bei einem sofortigen Referendum würden Sturgeon und die SNP damit eine empfindliche Niederlage einstecken müssen. Durch die Weigerung der Regierung in London steht Sturgeon in Schottland nun als „Verfechterin der schottischen Unabhängigkeit“ da, ohne dort aber liefern zu müssen/können. Keine allzu undankbare Rolle, die es der SNP erlauben sollte, bei der Par-

¹ Detaillierergebnisse siehe : https://en.wikipedia.org/wiki/United_Kingdom_local_elections,_2017

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**GROSSBRITANNIEN
UND IRLAND**

HANS-HARTWIG BLOMEIER

Mai 2017

www.kas.de/london

lamentswahl ähnlich stark wie 2015 abzuschneiden.

Wahlkampf und Wahlaussichten

Nach der überraschenden Ankündigung Theresa Mays am 18. April zum 8. Juni Neuwahlen auszurichten (davon war offensichtlich nicht einmal ihr Kabinett unterrichtet) und dafür auch die erforderliche breite Mehrheit mit Stimmen der Opposition im Parlament zu bekommen, hat der Wahlkampf in vollem Umfang eingesetzt.

Die Ausgangsvoraussetzungen scheinen klar: In aktuellen Meinungsumfragen² liegen die *Conservatives* mit 49% rund 18 % vor *Labour* (31%). Dahinter folgen die *LibDems* mit 9% und abgeschlagen UKIP mit 3%.

Alles sieht also nach einem klaren Wahlerfolg für die Tories aus, Mays Ziel ihre Mehrheit im Parlament zu erhöhen (Hochrechnungen gehen von einer Mehrheit von 100-150 Sitzen aus, derzeit sind es 17) scheint unanfechtbar.

Um dies sicherzustellen, ist die Kampagne ganz auf Premierministerin Theresa May selbst abgestellt. Die Partei erscheint nur am Rande, man will wohl die Persönlichkeitswerte von May nutzen (die weit vor Corbyn, aber auch deutlich über der eigenen Partei liegen) und so tourt sie auch höchstpersönlich durchs Land, um für sich und ihre Politik zu werben.

Das letzte Woche „geleakte“ Wahlkampfprogramm von Labour mit Milliarden schweren Versprechungen in Sachen NHS, Nationalisierung von Eisenbahnen, etc. ohne plausible Gegenrechnung passt in die Argumentation, dass Corbyn mit Labour das Land zurück in die Vergangenheit der 70er Jahre führen wolle.

Die mageren Zahlen für die *LibDems* unterstreichen, dass die Hoffnung, sich im Remain-Lager zu profilieren und hier signifikant zulegen zu können, nicht aufgehen wird und die vernichtend niedrigen Zahlen für UKIP bestätigen den Trend aus der Kommunalwahl, dass die Tories dieses Wählerpotential nahezu vollständig zurückgewonnen haben.

Spekulationen über eine mögliche Spaltung von *Labour*, um diesem radikalen Links-

rutsch auszuweichen und eine neue politischen Allianz aus *LibDems* und gemäßigten *Labour*-Abgeordneten inklusive einer „Wiedergeburt“ Tony Blairs als Führungsfigur zu schmieden sind zwar angesichts dieser Polarisierung verständlich, dürften aber zumindest kurzfristig keine Aussichten auf Erfolg und somit auch keine Auswirkungen auf die Wahlen haben.

Der Erfolg der *Conservatives* scheint damit unaufhaltsam, auch in Schottland könnten sie unter ihrer charismatischen Vorsitzenden Ruth Davidson weiter Boden gut machen, den Trend aus 2015 fortsetzen (Labour auf den dritten Rang zu verdrängen) und gegebenenfalls sogar einige emblematische SNP-Kandidaten gefährden (so z.B. den Fraktionsführer Angus Robertson in Moray und den ehemaligen First Minister Alex Salmond im benachbarten Gordon).

Inhaltlich ist zu beobachten, dass der Brexit nicht das alleinige und nach jüngsten Umfragen auch nicht mehr das dominanteste Thema des Wahlkampfes ist: Die Zukunft der britischen Gesundheitsikone NHS steht nun an erster Stelle und die Defizite im Transportwesen, sozialen Wohnungsbau etc. spielen ebenfalls eine erhebliche Rolle. Dass May dabei gezielt die arbeitende Bevölkerung (*hard working people*) anspricht ist nachvollziehbar. Bezeichnenderweise findet aber auch eine Mehrheit der Bevölkerung die (unbezahlbaren) Versprechungen von Corbyn sozial gerecht. Es deutet dennoch alles darauf hin, dass man am Ende der Premierministerin das Vertrauen aussprechen wird.

Allzu große Siegeszuversicht birgt aber auch Risiken für Theresa May: Vor dem Hintergrund der (vermeintlichen) Gewissheit, die Wahl haushoch zu gewinnen, gilt es die Motivation der Parteimitglieder und Wahlhelfer hoch zu halten und auch tatsächlich Wahlkampf zu betreiben und letztlich am 8. Juni dafür zu sorgen, dass die Wahlbeteiligung hoch genug ist, um keine böse Überraschung zu erleben.

Bei einer so hohen Erwartungshaltung könnte sogar ein bescheidenerer Sieg mit einer geringeren Vergrößerung der Mehrheit als Rückschlag empfunden werden.

Ob die zu Grunde legende Erwartung mit einer größeren Mehrheit in der eigenen Partei mehr Spielraum beziehungsweise politisch weniger erpressbar zu sein sich auch einstellt, bleibt abzuwarten. Das Momentum mit einer schwachen und zerstrittenen Op-

² Yougove Umfrage vom 11./12.5.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**GROSSBRITANNIEN
UND IRLAND**

HANS-HARTWIG BLOMEIER

Mai 2017

www.kas.de/london

position und noch nicht begonnen Brexit-Verhandlungen könnte jedenfalls kaum günstiger sein.

Fazit

Einen deutlichen Wahlsieg der *Conservatives* vorausgesetzt, wird Theresa May klar gestärkt aus der Wahl am 8. Juni hervorgehen. Dies ist für die dann beginnenden Verhandlungen mit der EU sicher besser als eine durch *Tory-Hardliner* permanent erpressbare PM mit knapper Mehrheit.

Auch in der EU hat sich die Lage dank positiver Wirtschaftsdaten und einer zumindest vorläufigen Verbannung populistischer Bedrohungen (Österreich, Niederlande, Frankreich) entspannt.

Ob das allerdings wirklich hinreichende Argumente sind für eine deutlich optimistischere Prognose wie von Philip Aldrick in der Times³ formuliert, oder die reichlich ernüchterndere Analyse des Berliner Economist-Korrespondent Jeremy Cliffe letztlich richtig ist, bleibt abzuwarten. Letzterer schlussfolgert in seinem Artikel im New Statesman⁴, dass sich Deutschland letztlich von der bis dato immer vorhandenen Empathie für Großbritannien verabschiedet habe und sich nun auf eine erneuerte Allianz mit Frankreich zur Stärkung der EU konzentrieren wird. Eine pragmatische (sonst sehr britische) Attitüde, die in London so noch nicht angekommen ist.

Viel wird vom Inhalt aber vor allem vom „*spirit*“ und Ton der anstehenden Verhandlungen abhängen. Der Austritt Großbritanniens ist beschlossene Sache⁵, es gilt Preis und Modalitäten zu klären. Die zukünftigen Beziehungen des Landes zur EU sind ein offenes Kapitel, je enger und konstruktiver diese Beziehung gestaltet werden kann, desto besser für Großbritannien, für die EU und auch für Deutschland.

³ The Times, 6.5.2017: „The political stars look to be moving into alignment in Whitehall and the continent“

⁴ New Statesman. 15.5.17: There is a new consensus in Germany – Brexit should be clean, and Britain should pay for it“

⁵ In einer jüngsten YouGov Umfrage vom 15.5. wünschen sich nunmehr 68% der Briten einen Vollzug des Brexit, lediglich 22% wollen dies rückgängig machen.